Europäisches Parlament
2024-2029

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

2025/2252(INI)

6.3.2026

ENTWURF EINES BERICHTS

über den Bericht 2025 der Kommission über das Kosovo
(2025/2252(INI))

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

Berichterstatter: Riho Terras

PR_INI

INHALT

Seite

ENTWURF EINER ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS.....3

BEGRÜNDUNG.....10

ENTWURF EINER ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

zu dem Bericht 2025 der Kommission über das Kosovo
(2025/2252(INI))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Kosovo andererseits[1], das seit dem 1. April 2016 in Kraft ist,

– unter Hinweis auf den Antrag des Kosovo vom 15. Dezember 2022 auf Beitritt zur Europäischen Union,

– unter Hinweis auf den Antrag des Kosovo vom 12. Mai 2022 auf Aufnahme in den Europarat,

– unter Hinweis auf das Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Union und dem Kosovo über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme des Kosovo an den Programmen der Union[2], das seit dem 1. August 2017 in Kraft ist,

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2021/1529 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. September 2021 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA III)[3],

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2023/850 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. April 2023 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1806 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind[4], in Bezug auf das Kosovo, mit der Inhaber biometrischer Reisepässe des Kosovo ab dem 1. Januar 2024 von der Visumpflicht befreit werden,

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2024/1449 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 zur Einrichtung der Reform- und Wachstumsfazilität für den Westbalkan[5],

– unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Vorsitzes bei der Tagung des Europäischen Rates vom 19./20. Juni 2003 in Thessaloniki,

– unter Hinweis auf die Gipfeltreffen EU-Westbalkan von 2018, 2020 und 2021 in Sofia, Zagreb und Brdo pri Kranju und ihre Erklärungen,

[1] ABl. L 71 vom 16.3.2016, S. 3. ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_internation/2016/342/oj.
[2] ABl. L 195 vom 27.7.2017, S. 3, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_internation/2017/1388/oj.
[3] ABl. L 330 vom 20.9.2021, S. 1, ELI: https://eur-lex.europa.eu/eli/reg/2021/1529/oj).
[4] ABl. L 110 vom 25.4.2023, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2023/850/oj.
[5] ABl. L, 2024/1449, 24.5.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1449/oj.

– unter Hinweis auf das Treffen der Staats- und Regierungschefs der Westbalkanländer vom 1. Juli 2025 in Skopje (Nordmazedonien) zum Wachstumsplan für den Westbalkan,

– unter Hinweis auf die auf dem Gipfeltreffen EU-Westbalkan am 17. Dezember 2025 abgegebene Erklärung,

– unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Ratsvorsitzes vom 16. Dezember 2025 zur Erweiterung,

– unter Hinweis auf den am 28. August 2014 eingeleiteten Berlin-Prozess,

– unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Gipfeltreffens 2025 zum Berlin-Prozess vom 22. Oktober 2025,

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 6. Oktober 2020 mit dem Titel „Ein Wirtschafts- und Investitionsplan für den Westbalkan“ (COM(2020)0641),

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 8. November 2023 mit dem Titel „Ein neuer Wachstumsplan für den Westbalkan“ (COM(2023)0691),

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 20. März 2024 über Reformen und Überprüfungen von Politikbereichen im Vorfeld der Erweiterung (COM(2024)0146),

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 4. November 2025 mit dem Titel „Mitteilung 2025 über die Erweiterungspolitik der EU“ (COM(2025)0690) und die der Mitteilung beigefügte Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen mit dem Titel „Kosovo 2025 Report“ (Bericht 2025 über das Kosovo) (SWD(2024)0752),

– unter Hinweis auf den am 25. Oktober 2005 in Athen unterzeichneten Vertrag zur Gründung der Energiegemeinschaft, mit dem die EU-Vorschriften für den Energiebinnenmarkt auf Südosteuropa ausgedehnt werden sollen,

– unter Hinweis auf die Resolution 1244 vom 10. Juni 1999 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) vom 22. Juli 2010 über die Vereinbarkeit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo mit dem Völkerrecht und die Resolution 64/298 der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 9. September 2010, in der der Inhalt des Gutachtens des IGH zur Kenntnis genommen und die Bereitschaft der Europäischen Union begrüßt wurde, den Dialog zwischen Serbien und dem Kosovo zu fördern,

– unter Hinweis darauf, dass das Kosovo weiterhin die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU übernimmt,

– unter Hinweis auf das erste Abkommen über die Grundsätze der Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo vom 19. April 2013 und die Abkommen vom 25. August 2015 sowie auf den von der EU unterstützten laufenden Dialog zur Normalisierung der Beziehungen,

– unter Hinweis auf die Vereinbarung von Brüssel vom 27. Februar 2023 und das Ohrid-Abkommen vom 18. März 2023 und seinen Anhang zur Durchführung,

– unter Hinweis darauf, dass die von der NATO geführte Kosovo-Truppe (KFOR) nach wie vor präsent ist und ihr Mandat wahrnimmt, wodurch sie weiterhin dazu beiträgt, ein sicheres Umfeld und die Freizügigkeit im Kosovo zu wahren,

– unter Hinweis auf den Beschluss (GASP) 2025/1161 des Rates vom 5. Juni 2025 zur Änderung der Gemeinsamen Aktion 2008/124/GASP über die Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo, EULEX Kosovo[6], mit dem das Mandat der Mission bis zum 14. Juni 2027 verlängert wurde,

– unter Hinweis auf den endgültigen Bericht der Wahlbeobachtungsmission der Europäischen Union über die Parlamentswahl 2025 im Kosovo,

– unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen zum Kosovo,

– unter Hinweis auf die gemeinsamen Empfehlungen, die auf der zwölften Tagung des Parlamentarischen Stabilitäts- und Assoziationsausschusses EU-Kosovo am 9. Dezember 2024 angenommen wurden,

– unter Hinweis auf den von Transparency International erstellten Korruptionswahrnehmungsindex 2025 (Corruption Perception Index),

– unter Hinweis auf die Rangliste der Pressefreiheit 2025 von Reporter ohne Grenzen,

– gestützt auf Artikel 55 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (A10/2026),

A. in der Erwägung, dass die Erweiterungspolitik eines der wirksamsten außenpolitischen Instrumente der EU ist und eine strategische geopolitische Investition in langfristigen Frieden, Stabilität und Sicherheit auf dem gesamten Kontinent darstellt;

B. in der Erwägung, dass Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit die Grundwerte sind, auf die sich die EU gründet;

C. in der Erwägung, dass jedes Bewerberland nach seinen eigenen Leistungen beurteilt wird; in der Erwägung, dass es von der Umsetzung der erforderlichen Reformen, der Einhaltung der Kriterien und der Wahrung der gemeinsamen europäischen Werte abhängt, wie schnell und in welchem Umfang der Beitritt voranschreitet;

D. in der Erwägung, dass das Kosovo zudem die Beziehungen zu Serbien normalisieren muss, damit es der EU beitreten kann;

Engagement für den EU-Beitritt

1. würdigt, dass das Kosovo den Beitritt zur EU weiter anstrebt, dass es mit dieser

[6] ABl. L 2025/1161, 6.6.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2025/1161/oj.

Entscheidung seine strategische geopolitische Ausrichtung unmissverständlich zum Ausdruck gebracht hat und dass die Bevölkerung den vom Kosovo eingeschlagenen Weg in die EU in großen Teilen unterstützt;

2. bekräftigt seine feste Überzeugung, dass insbesondere angesichts der derzeitigen geopolitischen Entwicklungen in der Region, des raschen Wandels in der Weltpolitik und der sich verschärfenden Konkurrenzsituation mit autoritären Regimen die Zukunft des Kosovo in der EU liegt;

3. begrüßt, dass nach der vorgezogenen Parlamentswahl im Dezember 2025 und nach mehr als einem Jahr des politischen Stillstands am 12. Februar 2026 im Kosovo eine neue Nationalversammlung und eine neue Regierung konstituiert wurden; bedauert jedoch, dass der politische Prozess im Jahr 2025 zum Erliegen kam, was dazu führte, dass dem Kosovo ein Jahr „verloren ging“; bedauert ferner, dass es der Nationalversammlung nicht gelungen ist, innerhalb der verfassungsmäßigen Frist einen neuen Präsidenten zu wählen, wodurch das Land zu Neuwahlen gedrängt wurde; nimmt zur Kenntnis, dass die Nationalversammlung am 6. März 2026 per Präsidialerlass aufgelöst wurde;

4. begrüßt zudem, dass die Nationalversammlung des Kosovo am 13. Februar 2026 die Abkommen im Rahmen der Reform- und Wachstumsfazilität ratifiziert hat;

5. betont, dass der Erweiterungsprozess nur dann glaubhaft ist, wenn die Reformdynamik aufrechterhalten wird, und fordert das Kosovo auf, insbesondere in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Grundfreiheiten größere Fortschritte bei der Umsetzung der EU-bezogenen Reformen zu erzielen; betont, dass das Kosovo diesen Reformen erneut Vorrang einräumen muss, damit es in Bezug auf den Beitritt zur EU wieder auf Kurs kommen kann;

6. befürwortet, dass das Kosovo im Dezember 2022 einen Antrag auf Beitritt zur EU eingereicht hat; fordert die fünf Mitgliedstaaten, die das Kosovo noch nicht anerkannt haben, auf, darauf hinzuarbeiten, das Land anzuerkennen, damit es mit den anderen Kandidaten gleichberechtigt voranschreiten kann;

7. bekräftigt, dass es den Antrag des Kosovo auf Beitritt zum Europarat und seine strategisch ausgerichtete Absicht, sich am NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ zu beteiligen, voll und ganz befürwortet;

8. würdigt, dass das Kosovo weiterhin uneingeschränkt die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU übernimmt, die restriktiven Maßnahmen der EU gegen Russland und Belarus nach wie vor umsetzt und Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine entschieden verurteilt;

9. begrüßt, dass die EU ihre Maßnahmen gegen das Kosovo seit Mai 2025 schrittweise aufhebt, und fordert, dass die verbleibenden Maßnahmen umgehend aufgehoben werden, da sie nicht mehr gerechtfertigt sind und sich weiterhin nachteilig auf die Gesellschaft des Kosovo auswirken; stellt fest, dass sich diese Auswirkungen in der gesamten Gesellschaft bemerkbar machen und insbesondere lokale Gemeinschaften, Organisationen der Zivilgesellschaft sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) darunter leiden;

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

10. begrüßt, dass die Abhaltung der Parlamentswahl und der Kommunalwahl im Jahr 2025 insgesamt positiv bewertet wurde und stellt fest, dass sie auf friedliche, wettbewerbsfähige und inklusive Weise durchgeführt wurden;

11. begrüßt, dass die Kosovo-Serben an der Parlamentswahl und der Kommunalwahl 2025 teilgenommen haben und dass vier neu ernannte serbische Bürgermeister in den Gemeinden mit serbischer Mehrheit die Nachfolge ihrer albanischen Vorgänger angetreten haben;

12. bedauert, dass immer wieder versucht wird, unabhängige Institutionen zu politisieren, dass die Zentrale Wahlkommission unter Druck gesetzt wird und es bei der Unabhängigen Medienkommission steuerungsbedingte Mängel gibt;

13. ist nach wie vor besorgt darüber, dass die Strategie für Rechtsstaatlichkeit nur teilweise umgesetzt wird, Reformen nicht konsequent durchgesetzt werden, der Justizrat und der Rat der Staatsanwaltschaft des Kosovo noch nicht vollständig besetzt sind und es bei der Umsetzung der Justizreformen zu Verzögerungen kommt;

14. ist besorgt darüber, dass bei der Korruptionsbekämpfung im Großen und Ganzen nur begrenzt Fortschritte erzielt wurden; nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass sich das Kosovo im Korruptionswahrnehmungsindex 2025 gegenüber 2024 um drei Plätze verschlechtert hat und nunmehr unter 182 Ländern und Gebieten Rang 76 einnimmt, was bedeutet, dass sich der bisherige Trend einer schrittweisen Verbesserung ins Gegenteil verkehrt hat;

15. begrüßt, dass bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität einige Fortschritte erzielt wurden; fordert, dass zeitnah eine nationalen Strategie und ein Aktionsplan zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität angenommen wird;

16. würdigt, dass EULEX eine anhaltende Funktion dabei zukommt, die staatlichen Stellen des Kosovo beim Aufbau tragfähiger und unabhängiger rechtsstaatlicher Institutionen zu unterstützen;

Grundfreiheiten und Menschenrechte

17. stellt fest, dass ein rechtlicher und institutioneller Rahmen für Menschenrechte zwar weitgehend vorhanden ist, dieser jedoch nach wie vor nicht ausreichend umgesetzt wird;

18. betont, dass die Rechtsvorschriften zum Schutz der Rechte von Angehörigen von Minderheiten besser umgesetzt werden müssen;

19. nimmt die pluralistische Medienlandschaft des Kosovo zur Kenntnis, bedauert jedoch die mangelnden Fortschritte bei der Gewährleistung der Meinungsfreiheit; bedauert, dass das Kosovo in der Rangliste der Pressefreiheit 2025 um 24 Plätze auf Rang 99 zurückgefallen ist;

20. bekräftigt seine Besorgnis darüber, dass Journalisten und Medienschaffende angegriffen

und bedroht werden; fordert, dass die für die Strafverfolgung zuständigen Stellen wirksamer vorgehen und die medienbezogenen Rechtsvorschriften an den EU-Besitzstand sowie an andere einschlägige internationale Standards angepasst werden;

21. betont, dass dafür gesorgt werden muss, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk nachhaltig finanziert wird und seine Unabhängigkeit gewahrt bleibt; fordert, dass die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt des Kosovo „Radiotelevizioni i Kosovës / Radio-televizija Kosova“ einer ausgewogenen und repräsentativen Aufsicht unterliegt;

22. ist besorgt darüber, dass ausländische Akteure insbesondere in Zeiten von Wahlen vermehrt Desinformation in Bezug auf interethnische Spannungen verbreiten; fordert eine verstärkte institutionelle Reaktion und eine verbesserte Medienkompetenz;

Aussöhnung und gutnachbarschaftliche Beziehungen

23. weist erneut darauf hin, dass es für die Aussichten des Kosovo auf einen Beitritt zur EU nach wie vor unerlässlich ist, die Beziehungen zu Serbien zu normalisieren und die im Rahmen des Dialogs zwischen Belgrad und Prishtina/Priština eingegangenen Verpflichtungen umzusetzen;

24. bekräftigt, dass es den von der EU geförderten Dialog uneingeschränkt unterstützt, und begrüßt, dass das Mandat von Peter Sørensen in seiner Eigenschaft als EU-Sonderbeauftragter für den Dialog zwischen Belgrad und Prishtina/Priština bis zum 29. Februar 2028 verlängert wurde;

25. erachtet es nach wie vor als wichtig, dass sich die staatlichen Stellen des Kosovo als auch Serbiens konstruktiv um ein umfassendes und rechtlich bindendes Normalisierungsabkommen bemühen, das auf dem Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung beruht und mit dem Völkerrecht im Einklang steht; fordert das Kosovo und Serbien auf, das Brüsseler Abkommen und das Ohrid-Abkommen umzusetzen, d. h. die Vereinigung/Gemeinschaft der Gemeinden mit serbischer Mehrheit zu gründen, seitens Serbiens keine Einwände gegen die Mitgliedschaft des Kosovo in regionalen und internationalen Organisationen zu erheben und keine einseitigen Maßnahmen zu ergreifen, durch die der Dialog gefährdet werden könnte;

26. erwartet, dass das Kosovo und Serbien uneingeschränkt kooperieren und sämtliche erforderlichen Maßnahmen ergreifen, damit die Täter des im Jahr 2023 in Banjska verübten Terroranschlags rasch vor Gericht gebracht werden; bedauert, dass Serbien noch immer keine strafrechtlichen Schritte gegen die Verantwortlichen eingeleitet hat, insbesondere gegen den Vizepräsidenten der Srpska Lista, Milan Radoičić;

27. stellt fest, dass nach wie vor unklar ist, was mit den bis zu 1 590 vermissten Personen geschehen ist, und dass zwischen April 2024 und September 2025 lediglich 26 dieser Vermisstenfälle aufgeklärt wurden;

28. bekräftigt, dass die KFOR wichtig ist, und würdigt ihre anhaltenden Bemühungen, sowohl im Kosovo als auch in der gesamten Westbalkanregion ein sicheres Umfeld zu schaffen;

Sozioökonomische Reformen

29. stellt fest, dass das Kosovo in den Bereichen Wirtschafts- und Währungspolitik sowie Wettbewerbsfähigkeit mäßig gut vorbereitet ist; betont, dass das Land seinen Haushaltsrahmen an den Besitzstand der EU angleichen und strukturelle Schwächen angehen muss, darunter die begrenzte Fertigungsbasis sowie die Tatsache, dass KMU nur schwer Zugang zu Finanzmitteln erhalten;

30. stellt fest, dass das Kosovo einige Fortschritte bei der Vorbereitung auf den digitalen Wandel erzielt hat, unter anderem beim Ausbau der Online-Dienste und der 5G-Abdeckung; bedauert, dass derzeit nur 10 % der öffentlichen Dienste online angeboten werden und dass die Digitalisierung nach wie vor fragmentiert ist;

Energie, Umwelt, nachhaltige Entwicklung und Konnektivität

31. stellt fest, dass das Kosovo nach wie vor stark auf veraltete Kohlekraftwerke angewiesen ist und stärker in die Energieeffizienz investieren muss;

32. fordert das Kosovo auf, seine institutionellen und administrativen Kapazitäten zur Umsetzung strategischer Infrastrukturprojekte zu stärken und noch ausstehende Projekte im Bereich der Verkehrs- und Energievernetzung weiter umzusetzen;

33. fordert das Kosovo nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um Schutzgebiete zu bewirtschaften, das Gesetz über die Abfallbewirtschaftung zu ändern und das Gesetz über Klimawandel umzusetzen;

°

° °

34. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Präsidenten des Europäischen Rates, der Kommission, der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten sowie der Präsidentin, der Regierung und der Nationalversammlung des Kosovo zu übermitteln.

BEGRÜNDUNG

Das Europäische Parlament verfolgt die politischen und sozioökonomischen Entwicklungen im Kosovo aufmerksam. Mit diesem Bericht beabsichtigt das Parlament, die Lage im Kosovo zu bewerten. Zum anderen soll der Fortschrittsbericht 2025 der Europäischen Kommission um eine politische Bewertung des Landes durch das Parlament für den Betrachtungszeitraum ergänzt werden. Insgesamt ist das Jahr 2025 als verlorenes Jahr für das Kosovo anzusehen, da nach der regulären Parlamentswahl im Februar weder die Nationalversammlung konstituiert werden konnte noch eine Regierung zustande gekommen ist. Alle drei Wahlen, die 2025 im Kosovo stattfanden – d. h. zwei Parlamentswahlen und eine Kommunalwahl –, verliefen friedlich und ordnungsgemäß. Dennoch wurde der reguläre politische Prozess dadurch stark beeinträchtigt. In der Folge konnten mehrere politische und wirtschaftliche Reformen ebenso wenig umgesetzt werden wie der Wachstumsplan für den Westbalkan.

Wie in früheren Berichten des Europäischen Parlaments hervorgehoben wurde, hat das Kosovo bemerkenswerte Fortschritte bei den Wahlreformen, der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit und dem Schutz der Grundrechte erzielt. Schwierigkeiten bestehen jedoch nach wie vor in Bezug auf die Justizreform, die Medienfreiheit, die Effizienz der öffentlichen Verwaltung und die Digitalisierung der öffentlichen Dienste. Zudem muss sich das Kosovo weiter um umfassende Reformen und eine inklusive Regierungsführung bemühen, damit es auf seinem Weg Richtung EU-Mitgliedschaft vorankommen kann.

Viele der Probleme, mit denen das Kosovo zu ringen hat, sind Erblasten – diese können nur gelöst werden, wenn die Region als Ganzes in den Prozess der Integration in die Europäische Union eingebunden wird. Der Dialog zwischen Prishtina/Priština und Belgrad wurde eingeleitet, um einen für beide Parteien annehmbaren Kompromiss zu finden. Bedauerlicherweise hat er nicht zum gewünschten Ergebnis geführt. Der Dialog war im Jahr 2025 praktisch zum Erliegen gekommen. Dies lag nicht zuletzt daran, dass das Kosovo keine Regierung mit Mandat und Entscheidungsbefugnis hatte; Verhandlungen unter diesen Umständen sind zum Scheitern verurteilt. Die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten müssen unbedingt alles in ihrer Macht Stehende tun, damit der Dialog zwischen Prishtina/Priština und Belgrad mit neuem Elan fortgesetzt wird. Es ist in diesem Zusammenhang daher sehr zu begrüßen, dass das Mandat des Sonderbeauftragten Peter Sørensen bis Februar 2028 verlängert wurde.

Die Erweiterung der Europäischen Union zählt zu den wichtigsten Erfolgsgeschichten der EU und muss weitergeführt werden. Aus geopolitischer Sicht geht es bei der Erweiterung vor allem darum, dass es auf der Landkarte Europas keine sogenannten Grauzonen mehr gibt. Die tiefgreifenden Veränderungen, die durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine entstanden sind, haben deutlich gemacht, dass die Europäische Union eine höhere Bereitschaft braucht, konkurrierenden autoritären Akteuren in der Welt entgegenzutreten. Sowohl Russland als auch China haben zu erkennen gegeben, dass sie eindeutige Interessen im Westbalkanraum verfolgen.

Die europäische Integration des Kosovo ist ein wechselseitiger Prozess. Damit das Kosovo die notwendigen Reformen durchführen kann, ist Unterstützung durch die Europäische Union erforderlich. Mit der Visaliberalisierung wurden die zwischenmenschlichen Kontakte und die Aussicht auf eine europäische Zukunft für die Bevölkerung des Kosovo weiter gefestigt. Die

im Jahr 2023 eingeführten Sanktionen haben sich jedoch äußerst nachteilig auf den Kurs des Kosovo in Richtung EU ausgewirkt. Die Maßnahmen der EU wurden zwar nach und nach gelockert, doch ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft geben weiterhin Anlass zu großer Sorge. Verschiedene Organisationen der Zivilgesellschaft, nationale Minderheiten sowie KMU, die erhebliche operative Unterstützung aus EU-Programmen erhalten haben, sind von den Maßnahmen besonders betroffen. Diese Maßnahmen könnten zudem weitere nachteilige Auswirkungen mit sich bringen: So könnte das Vertrauen der Bevölkerung im Kosovo in die Europäische Union in Mitleidenschaft gezogen werden. Die EU genießt zwar nach wie vor sehr große Zustimmung, doch besteht weiterhin die Gefahr, dass diese infolge der Maßnahmen zurückgeht.

Ziel dieses Berichts ist es, sowohl einen Überblick als auch eine Einschätzung des Europäischen Parlaments zu den wichtigsten Errungenschaften des Kosovo sowie zu den Herausforderungen zu geben, mit denen das Land gegenwärtig und in naher Zukunft konfrontiert ist. Es ist jedoch kaum möglich, alle Problembereiche und Herausforderungen in diesem Bericht zu erörtern. Der Besuch des Kosovo im Rahmen einer Informationsreise und die Treffen unter anderem mit Organisationen der Zivilgesellschaft, Vertretern nationaler Minderheiten sowie Vertretern der Wirtschaft waren für die Ausarbeitung des vorliegenden Berichts ausschlaggebend.